BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

IM RAT DER STADT HAGEN

14.10.2015

An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses
Herrn Ingo Hentschel

Sehr geehrter Herr Hentschel,

bitte nehmen Sie folgenden Vorschlag zur Tagesordnung gem. § 6 (1) GeschO für die Sitzung des Sozialausschusses am 27.10.2015 auf:

Behaupteter Leistungsmissbrauch durch EU-Zuwanderer

In der Sozialausschusssitzung vom 17.03.2015 sprach der Vertreter des Jobcenters, Herr Levien, von „mutmaßlichen Missbräuchen" von Leistungen, bezogen auf EU Zuwanderer. Den Ausführungen war zu entnehmen, dass häufige, regelmäßige, systematische und durch „Schlepper" organisierte Leistungserschleichung vermutet werde, die zeitnah verstärkt und näher vom Jobcenter untersucht und nachgewiesen werden soll.

Bündnis 90 / Die Grünen gehen davon aus, dass seit März diese Informationen wie angekündigt erhoben wurden und bittet daher um Beantwortung der folgenden Fragen:

1.1. Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften insgesamt, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, in denen Leistungsbezug erfolgte, für den die Voraussetzungen nicht gegeben war?

1.2. Bei wie vielen dieser Fälle konnte Vorsatz nachgewiesen werden, bei wie vielen dieser Fälle wurden Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren eingeleitet?

1.3 Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der betroffenen Personen insgesamt, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, in denen Leistungsbezug erfolgte, für den die Voraussetzungen nicht gegeben war?

2.1. Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften insgesamt, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, bei denen die Höhe einer insgesamt berechtigten Leistung durch unrichtige Angaben in der Höhe korrigiert werden mussten?

2.2. Bei wie vielen dieser Fälle konnte Vorsatz nachgewiesen werden, bei wie vielen dieser Fälle wurden Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren eingeleitet?

2.3. Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der betroffenen Personen insgesamt, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, bei denen die Höhe einer insgesamt berechtigten Leistung durch unrichtige Angaben in der Höhe korrigiert werden mussten?

3.1. Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, die in den letzten drei Jahren aus Rumänien oder Bulgarien zugewandert sind, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, bei denen die Höhe einer insgesamt berechtigten Leistung durch unrichtige Angaben in der Höhe korrigiert werden mussten?

3.2. Bei wie vielen dieser Fälle konnte Vorsatz nachgewiesen werden, bei wie vielen dieser Fälle wurden Ordnungswidrigkeits- oder Strafverfahren eingeleitet?

3.3. Wie hoch ist, bezogen auf die Zahl der Personen, die in den letzten drei Jahren aus Rumänien oder Bulgarien zugewandert sind, die Zahl der nachgewiesenen Fälle, bei denen die Höhe einer insgesamt berechtigten Leistung durch unrichtige Angaben in der Höhe korrigiert werden mussten?

4. Wie hoch ist die Anzahl der in den jeweiligen Heimatländern der Zugewanderten lebenden Kinder, für die Kindergeld aufgrund eines hier lebenden Familienmitglieds bezogen wird?

5. Wie hoch ist zur Zeit die Zahl der Ablehnungen von Leistungsanträgen, weil der Arbeitnehmerstatus verneint wird?

6. Wie stellt sich die abgefragte Situation bei Zuwanderern aus Griechenland, Zypern, Italien, Spanien, Portugal sowie den osteuropäischen EU – Ländern (ohne Rumänien und Bulgarien) dar?

7. In welchen Handlungsmustern und Abläufen liegen nach Meinung des Jobcenters schwerpunktmäßig die vermuteten Missbräuche?

8. Hat es durch das Jobcenter in den letzten drei Jahren Beratungen für EU Zuwanderer bezüglich der Rechte und Pflichten bei der Aufnahme von Minijobs gegeben? Gab es geförderte Weiterbildungsveranstaltungen?

9. Wie hoch ist die Zahl der Personen inklusive ihrer Angehörigen, die mittels eines Minijobvertrages, als Aufstocker in einer Bedarfsgemeinschaft leben und Hartz IV Leistungen beziehen?

10. Hat es durch das Jobcenter in den letzten drei Jahren Beratungen für EU Zuwanderer bezüglich der Gewerbeanmeldung und der Ausübung selbständigen Kleingewerbes gegeben? Gab es geförderte Weiterbildungsveranstaltungen?

11. Wie stellt sich das Jobcenter diesbezüglich zu den Schwerpunkten der „Hartz-Reformen“, die Förderung kleiner Selbstständigkeit („Ich AG“) als eines der zentralen Instrumente zum Abbau der Erwerbslosigkeit zu fördern?

12. Wie hoch ist die Zahl der Personen inklusive ihrer Angehörigen, die durch Aufnahme einer (ggfs. gescheiterten) Selbstständigkeit als in einer Bedarfsgemeinschaft leben und Hartz IV Leistungen beziehen?

13. Kommen Jobcenter und Stadtverwaltung in Kenntnis der oben abgefragten Informationen zu der Auffassung, dass im Bereich der EU-Zuwanderung ein systematischer Missbrauch von Leistungen stattfindet, oder handelt es sich nicht vielmehr doch um Einzelfälle?

Wir behalten uns vor, zu diesem Tagesordnungspunkt ggf. in der Sitzung Anträge zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen
Bündnis 90/ Die Grünen im Rat

f.d.R.

Ruth Sauerwein
Mitglied im Sozialausschuss

Hubertus Wolzenburg
Fraktionsgeschäftsführer